

Teilhabegesetz hat hohe Signalwirkung – Berliner Erklärung wird Umsetzung der Chancengleichheit in der Wirtschaft konsequent prüfen

Berlin, 06.03.2015: Die Vertreterinnen der Berliner Erklärung begrüßen einhellig das parteiübergreifende Votum für das Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen. Sie fordern jetzt eine konsequente Umsetzung der gesetzlich vereinbarten Ziele durch die deutsche Wirtschaft.

Die Mit-Initiatorinnen der Berliner Erklärung sehen im überparteilichen Engagement von Politikerinnen und Politikern aller Parteien den Schlüssel zum Erfolg. „Dass heute der Bundestag auch mit den Stimmen der Opposition eine verbindliche Mindestquote für Frauen in Aufsichtsräten verabschiedet, ist ein besonderer Moment für die Gleichberechtigung“, erklärt FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow stellvertretend für die Berliner Erklärung. „Dies ist ein großer Tag und Grund zum Feiern. Dann geht es wieder an die Arbeit. Wir werden den damit eingeleiteten Wandel in den Unternehmen eng begleiten.“

Die Bundeskanzlerin hat aus Sicht der Berliner Erklärung Wort gehalten. Der Dank der Vertreterinnen geht gleichfalls an Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas für ihren hartnäckigen und ausdauernden Kampf für mehr Gleichberechtigung. Ohne sie hätten wir heute kein Gesetz.

Viele der in der Berliner Erklärung engagierten Verbände haben eine deutlich weitergehende Regelung mit schärferen Sanktionen für die Führungsgremien der großen deutschen Unternehmen gefordert. „Doch wir unterstützen gemeinsam die Regelung von Bundesministerin Manuela Schwesig und Bundesminister Heiko Maas“, so Ramona Pisal, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbunds. „Wir sind davon überzeugt, dass die klare gesetzliche Vorgabe entscheidend zu einem Umdenken in den Unternehmensspitzen beitragen wird.“

Die Vertreterinnen der Berliner Erklärung werden die Entwicklung bei den Unternehmen; für die die Quote bzw. die Veröffentlichung von Planzahlen gilt, genau verfolgen. „Viele denken, die Quote ist durch, der Rest folgt von alleine. Dabei beginnt die richtige Arbeit erst jetzt: Wir werden als Frauenverbände genau verfolgen, wie die Ziele der gleichberechtigten Teilhabe verwirklicht werden. Gleichzeitig bieten wir den Unternehmen an, sie bei der Umsetzung zu unterstützen.“, so Henrike von Platen, Präsidentin von Business Professional Women (BPW) Germany.

Ansprechpartnerinnen:

Henrike von Platen, BPW Germany, hvp@bpw-germany.de, Tel: 030 65004634

Ramona Pisal, Deutscher Juristinnenbund (djb), geschaeftsstelle@djb.de, Tel: 030 4432700

Brigitte Scherb, Deutscher LandFrauenverband (dlv), info@landfrauen.info, Tel: 030 284492910

Rena Bargsten, EWMD, rb@mixworld.de, Tel: 0172 4119058

Monika Schulz-Strelow, FidAR, praesidentin@fidar.de, Tel: 030 887144716

Stephanie Bschorr, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU), info@vdu.de, Tel: 030 2005919-0